

Bundesgesetzblatt

49

Teil II

Z 1998 A

1989

Ausgegeben zu Bonn am 19. Januar 1989

Nr. 3

Tag	Inhalt	Seite
20. 12. 88	Bekanntmachung des deutsch-kapverdischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	50
21. 12. 88	Bekanntmachung des deutsch-salvadorianischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	52
22. 12. 88	Bekanntmachung zu dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte	54
23. 12. 88	Bekanntmachung der Änderungen der Satzung des Zwischenstaatlichen Komitees für Europäische Auswanderung unter Umbenennung dieser Satzung in „Satzung der Internationalen Organisation für Wanderung“	55
23. 12. 88	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens zur Regelung des Geltungsbereichs der Gesetze auf dem Gebiete der Eheschließung	69
27. 12. 88	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens über die Unterhaltung gewisser Leuchtfeuer im Roten Meer	69
2. 1. 89	Bekanntmachung der Änderungen der Anlage des Übereinkommens zur Erleichterung des Internationalen Seeverkehrs	70

**Bekanntmachung
des deutsch-kapverdischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 20. Dezember 1988

Das in Bonn am 6. Dezember 1988 unterzeichnete
Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik
Deutschland und der Regierung der Republik Kap Verde
über Finanzielle Zusammenarbeit ist nach seinem Artikel 7,

am 6. Dezember 1988

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 20. Dezember 1988

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Zahn

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Kap Verde
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Kap Verde –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kap
Verde,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch
partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu
vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen
die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in
der Republik Kap Verde beizutragen,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es
der Regierung der Republik Kap Verde, von der Kreditanstalt für
Wiederaufbau, Frankfurt (Main), zur Finanzierung der Kosten für
den Bezug von Waren und Leistungen zur Deckung des laufen-
den notwendigen zivilen Bedarfs und der im Zusammenhang mit
der finanzierten Wareneinfuhr anfallenden Kosten für Transport,
Versicherung und Montage einen Finanzierungsbeitrag bis zu
500 000,- DM (in Worten: fünfhunderttausend Deutsche Mark) zu

erhalten. Es muß sich hierbei um Lieferungen und Leistungen
gemäß der diesem Abkommen als Anlage beigefügten Liste han-
deln, für die die Lieferverträge bzw. Leistungsverträge nach dem
15. November 1988 abgeschlossen worden sind.

Artikel 2

Die Verwendung des in Artikel 1 genannten Betrags, die Be-
dingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, sowie das
Verfahren der Auftragsvergabe bestimmt der zwischen der Kredit-
anstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger des Finanzierungs-
beitrags zu schließende Vertrag, der den in der Bundesrepublik
Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegt.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Kap Verde stellt die Kreditanstalt
für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffent-
lichen Abgaben, die im Zusammenhang mit Abschluß und Durch-
führung des in Artikel 2 erwähnten Vertrags in der Republik Kap
Verde erhoben werden, frei.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Kap Verde überläßt bei den sich
aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrags ergebenden
Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luft-
verkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der
Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die Betei-
ligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz im deutschen Geltungs-
bereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren, und

erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrags ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes Berlin bevorzugt genutzt werden.

Artikel 6

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Kap Verde innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 7

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Bonn am 6. Dezember 1988 in zwei Urschriften, jede in deutscher und portugiesischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
H. G. Sulimma

Für die Regierung der Republik Kap Verde
A. Rodrigues Pires

**Anlage
zum Abkommen vom 6. Dezember 1988
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Kap Verde
über Finanzielle Zusammenarbeit**

1. Liste der Waren und Leistungen, die gemäß Artikel 1 des Regierungsabkommens vom 6. Dezember 1988 aus dem Finanzierungsbeitrag finanziert werden können:
 - a) Insektizide, Ausrüstungsgüter und Betriebsmittel zur Heuschreckenbekämpfung
 - b) Beratungsleistungen, Patente und Lizenzgebühren.
 2. Einfuhrgüter, die in dieser Liste nicht enthalten sind, können nur finanziert werden, wenn die vorherige Zustimmung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland dafür vorliegt.
 3. Die Einfuhr von Luxusgütern und von Verbrauchsgütern für den privaten Bedarf sowie von Gütern und Anlagen, die militärischen Zwecken dienen, ist von der Finanzierung aus dem Finanzierungsbeitrag ausgeschlossen.
-

**Bekanntmachung
des deutsch-salvadorianischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 21. Dezember 1988

Das in Gymnich am 6. Juli 1987 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik El Salvador über Finanzielle Zusammenarbeit ist nach seinem Artikel 7

am 17. November 1987

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 21. Dezember 1988

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Zahn

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik El Salvador
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik El Salvador –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik El Salvador,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch beidseitige Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Leistungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik El Salvador beizutragen,

unter Bezugnahme auf die Ergebnisniederschrift über die Regierungsverhandlungen vom 9. bis 13. Februar 1987 in San Salvador –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik El Salvador oder einem anderen von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Darlehensneh-

mer, bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, zur Finanzierung der Devisenkosten für den Bezug von Waren und Leistungen zur Deckung des laufenden notwendigen zivilen Bedarfs und der im Zusammenhang mit der finanzierten Wareneinfuhr anfallenden Devisen- und Inlandskosten für Transport, Versicherung und Montage, zwei Darlehen jeweils bis zu 20 000 000,00 DM (in Worten: zwanzig Millionen Deutsche Mark), insgesamt also bis zu 40 000 000,00 DM (in Worten: vierzig Millionen Deutsche Mark) aufzunehmen. Es muß sich hierbei um Lieferungen und Leistungen gemäß der diesem Abkommen als Anlage beigefügten Liste handeln, für die die Lieferverträge oder Leistungsverträge nach dem 1. März 1987 abgeschlossen worden sind.

Artikel 2

(1) Die Verwendung dieser Darlehen und die Bedingungen, zu denen sie gewährt werden, bestimmen die zwischen dem Darlehensnehmer und der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

(2) Die Regierung der Republik El Salvador wird, soweit sie nicht selbst Darlehensnehmerin ist, gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau alle Zahlungen in Deutscher Mark in Erfüllung von Verbindlichkeiten des Darlehensnehmers aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Verträge garantieren.

Artikel 3

Die Regierung der Republik El Salvador stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffent-

lichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluß und Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in der Republik El Salvador erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik El Salvador überläßt bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz im deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Darlehensgewährung

ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes Berlin bevorzugt genutzt werden.

Artikel 6

Mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 4 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt dieses Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik El Salvador innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 7

Dieses Abkommen tritt mit seiner Ratifizierung durch die Gesetzgebende Versammlung der Republik El Salvador und mit Veröffentlichung des entsprechenden Dekrets im Diario Oficial des Landes in Kraft.

Geschehen zu Gymnich am 6. Juli 1987 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Jürgen Sudhoff
Hans Klein

Für die Regierung der Republik El Salvador

José Napoleon Duarte

Warenliste

1. Liste der Waren und der mit deren Einfuhr zusammenhängenden Leistungen, die aus den Warenhilfen III und IV finanziert werden können:
 - a) Landwirtschaftliche Produktionsmittel einschließlich Düngemittel, landwirtschaftliche Maschinen, Geräte, Ersatz- und Zubehörteile;
 - b) Zulieferungen für die chemische Industrie, insbesondere für die Herstellung von Arzneimitteln, Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln;
 - c) Ausrüstungen, Ersatz- und Zubehörteile, Roh- und Hilfsstoffe sowie Halb- und Fertigerzeugnisse für die Industrie.
 2. Einfuhrgüter, die in dieser Liste nicht enthalten sind, können nur finanziert werden, wenn die vorherige Zustimmung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland dafür vorliegt.
 3. Die Einfuhr von Luxusgütern und von Verbrauchsgütern für den privaten Bedarf sowie von Gütern und Anlagen, die militärischen Zwecken dienen, ist von der Finanzierung aus dem Darlehen ausgeschlossen.
-

**Bekanntmachung
zu dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte**

Vom 22. Dezember 1988

Ungarn hat am 7. September 1988 gegenüber dem Generalsekretär der Vereinten Nationen die nachstehende Erklärung nach Artikel 41 des Internationalen Paktes vom 19. Dezember 1966 über bürgerliche und politische Rechte (BGBl. 1973 II S. 1533) abgegeben:

(Übersetzung)

(Traduction) (Original: hongrois)

Le Gouvernement de la République populaire hongroise déclare, en vertu de l'article 41 du Pacte international relatif aux droits civils et politiques qu'il reconnaît la compétence du Comité des droits de l'homme visé à l'article 28 du Pacte pour recevoir et examiner des communications dans lesquelles un Etat partie prétend qu'un autre Etat partie ne s'acquitte pas de ses obligations au titre du présent Pacte.

(Übersetzung) (Original: Ungarisch)

Die Regierung der Ungarischen Volksrepublik erklärt aufgrund des Artikels 41 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte, daß sie die Zuständigkeit des in Artikel 28 des Paktes genannten Ausschusses für Menschenrechte zur Entgegennahme und Prüfung von Mitteilungen anerkennt, in denen ein Vertragsstaat geltend macht, ein anderer Vertragsstaat komme seinen Verpflichtungen aus diesem Pakt nicht nach.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 20. November 1979 (BGBl. II S. 1218) und vom 15. September 1988 (BGBl. II S. 943).

Bonn, den 22. Dezember 1988

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterheld

**Bekanntmachung
der Änderungen der Satzung des
Zwischenstaatlichen Komitees für Europäische Auswanderung
unter Umbenennung dieser Satzung in
„Satzung der Internationalen Organisation für Wanderung“**

Vom 23. Dezember 1988

Die Satzung des Zwischenstaatlichen Komitees für Europäische Auswanderung vom 19. Oktober 1953 (BGBl. 1971 II S. 1318) ist nach der ohne förmliche Satzungsänderung durch die Entschlüsse Nr. 624 (XLV) vom 20. November 1980 und Nr. 637 (XLVII) vom 3. Dezember 1981 herbeigeführten Umbenennung des Komitees in

„Intergovernmental Committee for Migration“

„Comité intergouvernemental pour les migrations“

(Übersetzung)

„Zwischenstaatliches Komitee für Auswanderung“

durch die mit Entschluß Nr. 724 (LV) am 20. Mai 1987 angenommenen Änderungen, die die Errichtung einer Internationalen Organisation für Wanderung und eine entsprechende Umbenennung der Satzung in „Satzung der Internationalen Organisation für Wanderung“ zum Gegenstand haben, geändert worden. Die Annahmeerklärung der Bundesrepublik Deutschland zu den Satzungsänderungen vom 20. Mai 1987 ist dem Generaldirektor des Zwischenstaatlichen Komitees für Auswanderung am 27. Juli 1988 notifiziert worden; die Satzungsänderungen werden nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Der Tag, an dem die Satzungsänderungen und damit die geänderte Satzung unter ihrer neuen Bezeichnung „Satzung der Internationalen Organisation für Wanderung“ nach Artikel 29 Abs. 2 der geltenden Fassung der Satzung für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, wird im Bundesgesetzblatt bekanntgegeben.

Bonn, den 23. Dezember 1988

Der Bundesminister
für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit
Im Auftrag
Dr. Schröder

EntschlieÙung Nr. 724 (LV) Änderungen der Satzung

(vom Rat auf seiner 364. Sitzung am 20. Mai 1987 angenommen)

Resolution No. 724 (LV) Amendments to the Constitution

(Adopted by the Council at its 364th meeting on 20 May 1987)

Résolution No 724 (LV) Amendements à l'Acte constitutif

(adoptée par le Conseil à sa 364ème séance, le 20 mai 1987)

(Übersetzung)

The Council,

Recalling that the Constitution of the Committee was adopted on 19 October 1953 and entered into force on 30 November 1954,

Mindful of the need to amend the Constitution with a view to enabling the Committee to have a suitable legal framework to meet its international responsibilities,

Recalling its Resolution No. 698 (LII) of 21 November 1985 by which it resolved to establish an open Working Group of representatives of interested Member Governments for the purpose of reviewing proposals for amending the Constitution, presented by the Administration and by Member Governments, and formulating recommendations,

Recalling also its Resolution No. 712 (LIV) of 26 November 1986 authorizing the Director General to call Member Governments in a special session of the Council, when deemed appropriate, to take the necessary action in respect of the proposed amendments to the Constitution,

Having received and examined the proposed amendments contained in the report of the Working Group submitted by the Director General (MC/1554),

Noting that the provision of Article 29, paragraph 1, of the Constitution, which requires that the texts of proposed amendments to the Constitution shall be communicated to Member Governments at least three months in advance of their consideration by the Council, has been duly complied with,

Considering that the proposed amendments do not involve new obligations for Members,

Le Conseil,

Rappelant que l'Acte constitutif du Comité a été adopté le 19 octobre 1953 et est entré en vigueur le 30 novembre 1954,

Conscient qu'il importe d'amender l'Acte constitutif afin de permettre au Comité de disposer d'un cadre juridique approprié pour faire face à ses responsabilités internationales,

Rappelant sa résolution No 698 (LII) du 21 novembre 1985 par laquelle il avait décidé de créer un Groupe de travail ouvert comprenant des représentants des gouvernements membres intéressés dans le but d'examiner les propositions d'amendements à l'Acte constitutif du Comité présentées par l'Administration et par les gouvernements membres et pour formuler des recommandations à cet effet,

Rappelant également sa résolution No 712 (LIV) du 26 novembre 1986 autorisant le Directeur général à convoquer les gouvernements membres en session extraordinaire du Conseil, lorsqu'il le jugerait approprié, en vue de prendre les mesures nécessaires au sujet des amendements proposés à l'Acte constitutif,

Ayant reçu et examiné les propositions d'amendements contenues dans le rapport du Groupe de travail soumis par le Directeur général (MC/1554),

Notant que la disposition de l'article 29, alinéa 1, de l'Acte constitutif, qui prescrit que les textes des amendements proposés à l'Acte constitutif soient communiqués aux gouvernements membres trois mois au moins avant leur examen par le Conseil, a été dûment respectée,

Considérant que les amendements proposés n'entraînent pas de nouvelles obligations pour les membres,

Der Rat –

unter Hinweis darauf, daß die Satzung des Komitees am 19. Oktober 1953 angenommen wurde und am 30. November 1954 in Kraft trat,

eingedenk der Notwendigkeit, die Satzung zu ändern, damit das Komitee über einen angemessenen rechtlichen Rahmen verfügen kann, um seinen internationalen Verantwortlichkeiten gerecht zu werden,

eingedenk seiner EntschlieÙung Nr. 698 (LII) vom 21. November 1985, in der er die Einsetzung einer offenen Arbeitsgruppe aus Vertretern interessierter Mitgliedsregierungen zum Zweck der Überprüfung der von der Verwaltung und von Mitgliedsregierungen vorgelegten Vorschläge zur Änderung der Satzung sowie der Erarbeitung von Empfehlungen beschloß,

sowie eingedenk seiner EntschlieÙung Nr. 712 (LIV) vom 26. November 1986, durch die der Generaldirektor ermächtigt wird, die Mitgliedsregierungen, wenn es für angemessen erachtet wird, zu einer außerordentlichen Tagung des Rates einzuberufen, damit die notwendigen Maßnahmen in bezug auf die Änderungsvorschläge zur Satzung getroffen werden können,

nach Eingang und Prüfung der Änderungsvorschläge, die in dem vom Generaldirektor vorgelegten Bericht der Arbeitsgruppe (MC/1554) enthalten sind,

im Hinblick darauf, daß Artikel 29 Absatz 1 der Satzung, wonach der Wortlaut von Änderungsvorschlägen zur Satzung den Mitgliedsregierungen spätestens drei Monate vor ihrer Prüfung durch den Rat mitzuteilen ist, ordnungsgemäß eingehalten worden ist,

in der Erwägung, daß die Änderungsvorschläge keine neuen Verpflichtungen für Mitglieder mit sich bringen,

Acting pursuant to Article 29, paragraph 2, of the Constitution,

Adopts the amendments to the Constitution, as indicated in the Annex to the present Resolution, the texts in the English, French and Spanish language being equally authentic,

Invites Member Governments to accept these amendments as early as possible in accordance with their respective constitutional processes and to notify the Director General accordingly.

Agissant conformément à l'article 29, alinéa 2 de l'Acte constitutif,

Adopte les amendements à l'Acte constitutif tels qu'ils sont indiqués dans l'annexe à la présente résolution, les textes français, anglais et espagnol étant également authentiques;

Invite les gouvernements membres à accepter ces amendements dès que possible conformément à leurs règles constitutionnelles respectives et à en informer le Directeur général en conséquence.

handelnd aufgrund des Artikels 29 Absatz 2 der Satzung –

nimmt die in der Anlage dieser Entschließung angegebenen Änderungen der Satzung an, wobei der englische, französische und spanische Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist;

fordert die Mitgliedsregierungen auf, diese Änderungen so bald wie möglich nach Maßgabe ihrer verfassungsrechtlichen Verfahren anzunehmen und dies dem Generaldirektor zu notifizieren.

Anlage

**Satzung
der Internationalen Organisation für Wanderung**

Annex

**Constitution
of the International Organization for Migration**

Annexe

**Constitution
de l'Organisation internationale pour les migrations**

Constitution *)**Preamble**

The High Contracting Parties,

Recalling

the Resolution adopted on 5 December 1951 by the Migration Conference in Brussels,

Recognizing

that the provision of migration services at an international level is often required to ensure the orderly flow of migration movements throughout the world and to facilitate, under the most favourable conditions, the settlement and integration of the migrants into the economic and social structure of the country of reception,

that similar migration services may also be required for temporary migration, return migration and intra-regional migration,

that international migration also includes that of refugees, displaced persons and other individuals compelled to leave their homelands, and who are in need of international migration services,

that there is a need to promote the co-operation of States and international organizations with a view to facilitating the emigration of persons who desire to migrate to countries where they may achieve self-dependence through their employment and live with their families in dignity and self-respect,

that migration may stimulate the creation of new economic opportunities in receiving countries and that a relationship exists between migration and the economic, social

Constitution *)**Préambule**

Les Hautes Parties contractantes,

rappelant

la résolution adoptée le 5 décembre 1951 par la Conférence des migrations de Bruxelles,

reconnaissant

que l'octroi, à une échelle internationale, de services de migration est souvent requis pour assurer le déroulement harmonieux des mouvements migratoires dans le monde et pour faciliter, dans les conditions les plus favorables, l'établissement et l'intégration des migrants dans la structure économique et sociale du pays d'accueil,

que des services de migration similaires peuvent également être requis lors de migrations temporaires, de migrations de retour et de migrations intra-régionales,

que la migration internationale inclut également celle de réfugiés, de personnes déplacées et d'autres personnes contraintes de quitter leur pays et qui ont besoin de services internationaux de migration,

qu'il importe de promouvoir la coopération des Etats et des organisations internationales en vue de faciliter l'émigration de personnes désireuses de partir pour des pays où elles pourront, par leur travail, subvenir à leurs besoins et mener avec leurs familles une existence digne dans le respect de la personne humaine,

que la migration peut stimuler la création de nouvelles activités économiques dans les pays d'accueil et qu'une relation existe entre la migration et les conditions économi-

Satzung *)**Präambel**

Die Hohen Vertragsparteien –

eingedenk

der am 5. Dezember 1951 von der Auswanderungskonferenz in Brüssel angenommenen Entschliebung,

in der Erkenntnis,

daß für die Sicherstellung eines geordneten Verlaufs der Wanderungsbewegungen überall in der Welt und für die Erleichterung der unter den günstigsten Bedingungen durchzuführenden Ansiedlung und Eingliederung der Einwanderer in das wirtschaftliche und soziale Gefüge des Aufnahmelandes oftmals die Bereitstellung von Ein- und Auswanderungsdiensten auf internationaler Ebene erforderlich ist,

daß ähnliche Ein- und Auswanderungsdienste auch für die zeitlich begrenzte Auswanderung, die Rückwanderung und die Wanderung innerhalb einer Region erforderlich sein können,

daß zur internationalen Wanderung auch diejenige von Flüchtlingen, Verschleppten und anderen Personen gehört, die zum Verlassen ihrer Heimatländer gezwungen sind und internationale Ein- und Auswanderungsdienste benötigen,

daß es erforderlich ist, die Zusammenarbeit von Staaten und internationalen Organisationen zur Erleichterung der Auswanderung von Personen zu fördern, die nach Ländern auswandern wollen, wo sie durch ihre Arbeit ihr Auskommen finden und mit ihren Familien in Würde und Selbstachtung leben können,

daß die Wanderung die Schaffung neuer wirtschaftlicher Möglichkeiten in Aufnahmelandern fördern könnte und daß zwischen der Wanderung und den wirtschaftlichen,

*) The present text incorporates into the Constitution of 19 October 1953 of the Intergovernmental Committee for European Migration (former designation of the Organization) the amendments adopted on 20 May 1987.

*) Le présent texte incorpore dans la Constitution du 19 octobre 1953 du Comité intergouvernemental pour les migrations européennes (dénomination antérieure de l'Organisation) les amendements adoptés le 20 Mai 1987.

*) In diesem Wortlaut sind in die Satzung des Zwischenstaatlichen Komitees für Europäische Auswanderung (frühere Bezeichnung der Organisation) vom 19. Oktober 1953 die am 20. Mai 1987 angenommenen Änderungen eingefügt.

and cultural conditions in developing countries,

that in the co-operation and other international activities for migration the needs of developing countries should be taken into account,

that there is a need to promote the co-operation of States and international organizations, governmental and non-governmental, for research and consultation on migration issues, not only in regard to the migration process but also the specific situation and needs of the migrant as an individual human being,

that the movement of migrants should, to the extent possible, be carried out with normal transport services but that, on occasion, there is a need for additional or other facilities,

that there should be close co-operation and co-ordination among States, international organizations, governmental and non-governmental, on migration and refugee matters,

that there is a need for the international financing of activities related to international migration,

do hereby establish

the International Organization for Migration, hereinafter called the Organization, and

accept this Constitution.

ques, sociales et culturelles dans les pays en développement,

que les besoins des pays en développement devraient être pris en considération en matière de coopération et d'autres activités internationales relatives à la migration,

qu'il importe de promouvoir la coopération des Etats et des organisations internationales, gouvernementales et non gouvernementales, en matière de recherches et de consultations sur les questions de migration, non seulement en ce qui concerne le processus migratoire mais aussi la situation et les besoins spécifiques du migrant en tant qu'être humain,

que le mouvement des migrants devrait, dans la mesure du possible, être effectué par les services de transport réguliers, étant entendu qu'il est nécessaire en certaines circonstances de recourir à des facilités supplémentaires ou différentes,

qu'une coopération et une coordination étroites doivent exister entre les Etats, les organisations internationales, gouvernementales et non gouvernementales, sur les questions de migration et de réfugiés,

qu'un financement international des activités liées à la migration internationale est nécessaire,

établissent

l'Organisation internationale pour les migrations, ci-après dénommée l'Organisation, et

acceptent la présente Constitution.

sozialen und kulturellen Bedingungen in den Entwicklungsländern ein Zusammenhang besteht,

daß bei der Zusammenarbeit und anderen internationalen Maßnahmen in Bezug auf die Wanderung die Bedürfnisse der Entwicklungsländer berücksichtigt werden sollten,

daß es erforderlich ist, die Zusammenarbeit von Staaten und staatlichen und nichtstaatlichen internationalen Organisationen auf dem Gebiet der Forschung und Konsultation im Zusammenhang mit Wanderungsfragen nicht nur in Bezug auf den Vorgang der Wanderung, sondern auch in Bezug auf die konkrete Lage und die konkreten Bedürfnisse des Ein- und Auswanderers als menschliches Wesen zu fördern,

daß die Beförderung der Auswanderer soweit wie möglich mit den normalen Verkehrslinien durchgeführt werden sollte, daß jedoch gelegentlich zusätzliche oder andersartige Einrichtungen notwendig sind,

daß zwischen Staaten und staatlichen und nichtstaatlichen internationalen Organisationen in Bezug auf Wanderungs- und Flüchtlingsfragen eine enge Zusammenarbeit und Koordinierung bestehen sollte,

daß die internationale Finanzierung von Tätigkeiten im Zusammenhang mit der internationalen Wanderung erforderlich ist –

errichten hiermit

die Internationale Organisation für Wanderung, im folgenden als Organisation bezeichnet, und

nehmen diese Satzung an.

Chapter I Purposes and functions

Article 1

1. The purposes and functions of the Organization shall be:

- (a) to make arrangements for the organized transfer of migrants, for whom existing facilities are inadequate or who would not otherwise be able to move without special assistance, to countries offering opportunities for orderly migration;
- (b) to concern itself with the organized transfer of refugees, displaced persons and other individuals in need of international migration services for whom arrangements may be made between the Organization and the States concerned, including those States undertaking to receive them;

Chapitre I Objectifs et fonctions

Article 1

1. Les objectifs et les fonctions de l'Organisation sont:

- a) de prendre toutes mesures utiles en vue d'assurer le transfert organisé des migrants pour lesquels les facilités existantes sont inadéquates ou qui, autrement, ne seraient pas en mesure de partir sans assistance spéciale vers des pays offrant des possibilités de migration ordonnée;
- b) de s'occuper du transfert organisé des réfugiés, des personnes déplacées et d'autres personnes ayant besoin de services internationaux de migration, pour lesquels des arrangements pourront être faits entre l'Organisation et les Etats intéressés, y compris ceux qui s'engagent à les accueillir;

Kapitel I Ziele und Aufgaben

Artikel 1

(1) Die Organisation hat folgende Ziele und Aufgaben:

- a) Maßnahmen für die organisierte Beförderung von Auswanderern, für welche die bestehenden Einrichtungen unzureichend sind oder die sonst nicht ohne besondere Unterstützung ausreisen könnten, nach Ländern zu treffen, in denen sich Möglichkeiten für eine geordnete Einwanderung bieten;
- b) sich mit der organisierten Beförderung von Flüchtlingen, Verschleppten und anderen internationale Ein- und Auswanderungsdienste benötigenden Personen zu befassen, für die Vereinbarungen zwischen der Organisation und den beteiligten Staaten einschließlich derjenigen getroffen werden können, die sich zur Aufnahme verpflichten;

- (c) to provide, at the request of and in agreement with the States concerned, migration services such as recruitment, selection, processing, language training, orientation activities, medical examination, placement, activities facilitating reception and integration, advisory services on migration questions, and other assistance as is in accord with the aims of the Organization;
- (d) to provide similar services as requested by States, or in co-operation with other interested international organizations, for voluntary return migration, including voluntary repatriation;
- (e) to provide a forum to States as well as international and other organizations for the exchange of views and experiences, and the promotion of co-operation and co-ordination of efforts on international migration issues, including studies on such issues in order to develop practical solutions.
2. In carrying out its functions, the Organization shall co-operate closely with international organizations, governmental and non-governmental, concerned with migration, refugees, and human resources in order, inter alia, to facilitate the co-ordination of international activities in these fields. Such co-operation shall be carried out in the mutual respect of the competences of the organizations concerned.
3. The Organization shall recognize the fact that control of standards of admission and the number of immigrants to be admitted are matters within the domestic jurisdiction of States, and, in carrying out its functions, shall conform to the laws, regulations and policies of the States concerned.
- c) de fournir, à la demande des Etats intéressés et avec leur accord, des services de migration tels que le recrutement, la sélection, la préparation à la migration, les cours de langues, les activités d'orientation, les examens médicaux, le placement, les activités facilitant l'accueil et l'intégration, des services de consultation en matière de migration, ainsi que toute autre assistance conforme aux buts de l'Organisation;
- d) de fournir des services similaires, à la demande des Etats ou en coopération avec d'autres organisations internationales intéressées, pour la migration de retour volontaire, y compris le rapatriement librement consenti;
- e) d'offrir aux Etats, ainsi qu'aux organisations internationales et autres organisations, un forum pour des échanges de vues et d'expériences et pour la promotion de la coopération et de la coordination des efforts internationaux sur les questions de migration internationale, y compris des études sur de telles questions en vue de développer des solutions pratiques.
2. Dans l'accomplissement de ses fonctions, l'Organisation coopère étroitement avec les organisations internationales gouvernementales et non gouvernementales concernées par les questions de migration, de réfugiés et de ressources humaines afin, entre autres, de faciliter la coordination des activités internationales en ces domaines. Cette coopération s'exercera dans le respect mutuel des compétences des organisations concernées.
3. L'Organisation reconnaît que les critères d'admission et le nombre des immigrants à admettre sont des questions qui relèvent de la compétence nationale des Etats et, dans l'accomplissement de ses fonctions, elle se conforme aux lois et règlements ainsi qu'à la politique des Etats intéressés.
- c) auf Ersuchen der beteiligten Staaten und im Einvernehmen mit ihnen Ein- und Auswanderungsdienste wie Anwerbung, Auswahl, Vorbereitung, Sprachunterricht, Orientierungsveranstaltungen, ärztliche Untersuchung, Arbeitsvermittlung, Tätigkeiten zur Erleichterung der Aufnahme und Eingliederung und Beratungsdienste für Wanderungsfragen zur Verfügung zu stellen sowie sonstige Hilfe zu leisten, die mit den Zielen der Organisation in Einklang steht;
- d) auf Ersuchen von Staaten oder in Zusammenarbeit mit anderen interessierten internationalen Organisationen ähnliche Dienste für die freiwillige Rückwanderung einschließlich der auf der Grundlage der Freiwilligkeit erfolgenden Heimschaffung zur Verfügung zu stellen;
- e) Staaten sowie internationalen und anderen Organisationen ein Forum für den Austausch von Ansichten und Erfahrungen und für die Förderung der Zusammenarbeit und der Koordinierung von Maßnahmen im Hinblick auf internationale Wanderungsfragen einschließlich Untersuchungen über solche Fragen zur Erarbeitung praktischer Lösungen zur Verfügung zu stellen.
- (2) Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben arbeitet die Organisation mit staatlichen und nichtstaatlichen internationalen Organisationen, die sich mit Wanderungs- und Flüchtlingsfragen sowie mit Fragen des Arbeitskräftepotentials befassen, eng zusammen, u. a. um die Koordinierung internationaler Tätigkeiten auf diesen Gebieten zu erleichtern. Diese Zusammenarbeit wird unter gegenseitiger Achtung der Zuständigkeiten der beteiligten Organisationen durchgeführt.
- (3) Die Organisation erkennt an, daß die Überwachung der Zulassungsbedingungen und die Zahl der zuzulassenden Einwanderer in die Zuständigkeit der einzelnen Staaten fällt; sie wird bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben die Rechts- und sonstigen Vorschriften sowie die Politik der beteiligten Staaten beachten.

Chapter II Membership

Article 2

The Members of the Organization shall be:

- (a) the States being Members of the Organization which have accepted this Constitution according to Article 34, or to which the terms of Article 35 apply;
- (b) other States with a demonstrated interest in the principle of free movement of persons which undertake to make a financial contribution at least to the administrative requirements of the Organization, the rate of which will be agreed to by the Council and by the

Chapitre II Membres

Article 2

Sont membres de l'Organisation:

- a) Les Etats qui, étant membres de l'Organisation, ont accepté la présente Constitution suivant l'article 34 ou auxquels s'appliquent les dispositions de l'article 35;
- b) les autres Etats qui ont fourni la preuve de l'intérêt qu'ils portent au principe de la libre circulation des personnes et qui s'engagent au moins à apporter aux dépenses d'administration de l'Organisation une contribution financière dont le taux sera convenu entre le Conseil et

Kapitel II Mitgliedschaft

Artikel 2

Mitglieder der Organisation sind

- a) die Staaten, die Mitglieder der Organisation sind und diese Satzung nach Artikel 34 angenommen haben oder auf die Artikel 35 Anwendung findet;
- b) andere Staaten, die ihr Interesse am Grundsatz der Freizügigkeit bewiesen haben und sich zumindest verpflichten, zu den Verwaltungsausgaben der Organisation einen finanziellen Beitrag zu leisten, dessen Satz zwischen dem Rat und dem betreffenden Staat vereinbart

State concerned, subject to a two-thirds majority vote of the Council and upon acceptance by the State of this Constitution.

Article 3

Any Member State may give notice of withdrawal from the Organization effective at the end of a financial year. Such notice must be in writing and must reach the Director General of the Organization at least four months before the end of the financial year. The financial obligations to the Organization of a Member State which has given notice of withdrawal shall include the entire financial year in which notice is given.

Article 4

1. If a Member State fails to meet its financial obligations to the Organization for two consecutive financial years, the Council may by a two-thirds majority vote suspend the voting rights and all or part of the services to which this Member State is entitled. The Council shall have the authority to restore such voting rights and services by a simple majority vote.

2. Any Member State may be suspended from membership by a two-thirds majority vote of the Council if it persistently violates the principles of this Constitution. The Council shall have the authority to restore such membership by a simple majority vote.

Chapter III Organs

Article 5

There are established as the organs of the Organization:

- (a) the Council;
- (b) the Executive Committee;
- (c) the Administration.

Chapter IV Council

Article 6

The functions of the Council, in addition to those mentioned in other provisions of this Constitution, shall be:

- (a) to determine the policies of the Organization;
- (b) to review the reports and to approve and direct the activities of the Executive Committee;
- (c) to review the reports and to approve and direct the activities of the Director General;

l'Etat intéressé, sous réserve d'une décision du Conseil prise à la majorité des deux tiers et de leur acceptation de la présente Constitution.

Article 3

Tout Etat membre peut notifier son retrait de l'Organisation avec effet à la fin de l'exercice annuel. Cette notification doit être donnée par écrit et parvenir au Directeur général de l'Organisation quatre mois au moins avant la fin de l'exercice. Les obligations financières vis-à-vis de l'Organisation d'un Etat membre qui aurait notifié son retrait s'appliqueront à la totalité de l'exercice au cours duquel la notification aura été donnée.

Article 4

1. Si un Etat membre ne remplit pas ses obligations financières à l'égard de l'Organisation pendant deux exercices financiers consécutifs, le Conseil peut, par une décision prise à la majorité des deux tiers, suspendre le droit de vote et tout ou partie des services dont cet Etat membre bénéficie. Le Conseil a l'autorité de rétablir ce droit de vote et ces services par une décision prise à la majorité simple.

2. Tout Etat membre peut être suspendu de la qualité de membre par une décision du Conseil prise à la majorité des deux tiers s'il contrevient de manière persistante aux principes de la présente Constitution. Le Conseil a l'autorité de restaurer cette qualité de membre par une décision prise à la majorité simple.

Chapitre III Organes

Article 5

Les organes de l'Organisation sont:

- a) le Conseil;
- b) le Comité exécutif;
- c) l'Administration.

Chapitre IV Conseil

Article 6

Les fonctions du Conseil, outre celles indiquées dans d'autres dispositions de la présente Constitution, consistent à:

- a) arrêter la politique de l'Organisation;
- b) étudier les rapports, approuver et diriger la gestion du Comité exécutif;
- c) étudier les rapports, approuver et diriger la gestion du Directeur général;

wird; hierzu ist ein mit Zweidrittelmehrheit gefaßter Beschluß des Rates und die vorherige Annahme dieser Satzung durch den betreffenden Staat erforderlich.

Artikel 3

Jeder Mitgliedstaat kann seinen Austritt aus der Organisation mit Wirkung zum Ende eines Haushaltsjahrs notifizieren. Die Notifikation muß schriftlich erfolgen und dem Generaldirektor der Organisation spätestens vier Monate vor Ende des Haushaltsjahrs zugehen. Ein Mitgliedstaat, der seinen Austritt notifiziert hat, muß seine finanziellen Verpflichtungen gegenüber der Organisation für das volle Haushaltsjahr erfüllen, in dem die Notifikation erfolgt.

Artikel 4

(1) Kommt ein Mitgliedstaat während zweier aufeinanderfolgender Haushaltsjahre seinen finanziellen Verpflichtungen gegenüber der Organisation nicht nach, so kann der Rat durch einen mit Zweidrittelmehrheit gefaßten Beschluß die Stimmrechte und – ganz oder teilweise – die Dienste, auf die dieser Mitgliedstaat Anspruch hat, aussetzen. Der Rat ist befugt, solche Stimmrechte und Dienste durch einen mit einfacher Mehrheit gefaßten Beschluß wiederherzustellen.

(2) Ein Mitgliedstaat, der die Grundsätze dieser Satzung beharrlich verletzt, kann durch einen mit Zweidrittelmehrheit gefaßten Beschluß des Rates vorübergehend von der Mitgliedschaft ausgeschlossen werden. Der Rat ist befugt, die Mitgliedschaft durch einen mit einfacher Mehrheit gefaßten Beschluß wiederherzustellen.

Kapitel III Organe

Artikel 5

Die Organe der Organisation sind

- a) der Rat,
- b) der Exekutivausschuß,
- c) die Verwaltung.

Kapitel IV Rat

Artikel 6

Neben den in anderen Bestimmungen dieser Satzung bezeichneten Aufgaben hat der Rat die Aufgabe,

- a) die Zielsetzung der Organisation zu bestimmen;
- b) die Berichte des Exekutivausschusses zu prüfen und seine Tätigkeit zu genehmigen und zu leiten;
- c) die Berichte des Generaldirektors zu prüfen und seine Tätigkeit zu genehmigen und zu leiten;

- (d) to review and approve the programme, the Budget, the expenditure and the accounts of the Organization;
- (e) to take any other appropriate action to further the purposes of the Organization.

Article 7

1. The Council shall be composed of representatives of the Member States.
2. Each Member State shall have one representative and such alternates and advisers as it may deem necessary.
3. Each Member State shall have one vote in the Council.

Article 8

The Council may admit, upon their application, non-member States and international organizations, governmental or non-governmental, concerned with migration, refugees or human resources as observers at its meetings under conditions which may be prescribed in its rules of procedure. No such observers shall have the right to vote.

Article 9

1. The Council shall meet in regular session once a year.
2. The Council shall meet in special session at the request of:
- one third of its members;
 - the Executive Committee;
 - the Director General or the Chairman of the Council in urgent circumstances.
3. The Council shall elect, at the beginning of each regular session, a Chairman and other officers for a one-year term.

Article 10

The Council may set up such sub-committees as may be required for the proper discharge of its functions.

Article 11

The Council shall adopt its own rules of procedure.

Chapter V
Executive Committee

Article 12

The functions of the Executive Committee shall be:

- to examine and review the policies, programmes and activities of the Organization, the annual reports of the Director General and any special reports;

- d) étudier et approuver le programme, le budget, les dépenses et les comptes de l'Organisation;
- e) prendre toutes autres mesures en vue d'atteindre les objectifs de l'Organisation.

Article 7

1. Le Conseil est composé des représentants des Etats membres.
2. Chaque Etat membre désigne un représentant ainsi que les suppléants et conseillers qu'il juge nécessaires.
3. Chaque Etat membre dispose d'une voix au Conseil.

Article 8

Le Conseil peut, à leur demande, admettre des Etats non membres et des organisations internationales, gouvernementales ou non gouvernementales, qui s'occupent de migration, de réfugiés ou de ressources humaines, en qualité d'observateurs à ses réunions, dans les conditions qui peuvent être prescrites par son règlement. De tels observateurs n'auront pas le droit de vote.

Article 9

1. Le Conseil se réunit en session ordinaire une fois par an.
2. Le Conseil se réunit en session extraordinaire sur la demande:
- du tiers de ses membres;
 - du Comité exécutif;
 - du Directeur général ou du Président du Conseil, en cas d'urgence.
3. Au début de chaque session ordinaire, le Conseil élit un Président et les autres membres du bureau dont le mandat est d'une année.

Article 10

Le Conseil peut créer tout sous-comité nécessaire à l'accomplissement de ses fonctions.

Article 11

Le Conseil adopte son propre règlement.

Chapitre V
Comité exécutif

Article 12

Les fonctions du Comité exécutif consistent à:

- examiner et revoir la politique, les programmes et les activités de l'Organisation, les rapports annuels du Directeur général et tous rapports spéciaux;

- d) das Programm, den Haushaltsplan, die Ausgaben und die Rechnungsführung der Organisation zu prüfen und zu genehmigen;
- e) alle sonstigen geeigneten Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele der Organisation zu treffen.

Artikel 7

- (1) Der Rat besteht aus Vertretern der Mitgliedstaaten.
- (2) Jeder Mitgliedstaat benennt einen Vertreter und die von ihm für erforderlich erachteten Stellvertreter und Berater.
- (3) Jeder Mitgliedstaat verfügt im Rat über eine Stimme.

Artikel 8

Der Rat kann Nichtmitgliedstaaten und staatliche oder nichtstaatliche internationale Organisationen, die sich mit Wanderungs- oder Flüchtlingsfragen oder mit Fragen des Arbeitskräftepotentials befassen, auf ihren Antrag als Beobachter zu seinen Sitzungen unter Bedingungen zulassen, die er in seiner Geschäftsordnung vorschreibt. Diese Beobachter haben kein Stimmrecht.

Artikel 9

- (1) Der Rat tritt einmal jährlich zu einer ordentlichen Tagung zusammen.
- (2) Der Rat tritt zu einer außerordentlichen Tagung zusammen, wenn dies
- von einem Drittel seiner Mitglieder,
 - vom Exekutivausschuß,
 - in dringenden Fällen vom Generaldirektor oder vom Ratsvorsitzenden beantragt wird.
- (3) Der Rat wählt zu Beginn jeder ordentlichen Tagung einen Vorsitzenden und die sonstigen Vorstandsmitglieder für jeweils ein Jahr.

Artikel 10

Der Rat kann alle zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung seiner Aufgaben erforderlichen Unterausschüsse einsetzen.

Artikel 11

Der Rat gibt sich eine Geschäftsordnung.

Kapitel V
Exekutivausschuß

Artikel 12

Der Exekutivausschuß hat die Aufgabe,

- die Zielsetzung, die Programme und Tätigkeiten der Organisation, die Jahresberichte des Generaldirektors und alle Sonderberichte zu prüfen und zu überprüfen;

- | | | |
|--|--|--|
| <p>(b) to examine any financial or budgetary questions falling within the competence of the Council;</p> <p>(c) to consider any matter specifically referred to it by the Council, including the revision of the Budget, and to take such action as may be deemed necessary thereon;</p> <p>(d) to advise the Director General on any matters which he may refer to it;</p> <p>(e) to make, between sessions of the Council, any urgent decisions on matters falling within the competence of the Council, which shall be submitted for approval by that body at its next session;</p> <p>(f) to present advice or proposals to the Council or the Director General on its own initiative;</p> <p>(g) to transmit reports and/or recommendations to the Council on the matters dealt with.</p> | <p>b) examiner toutes les questions financières ou budgétaires qui relèvent de la compétence du Conseil;</p> <p>c) considérer toute affaire qui lui est soumise spécialement par le Conseil, y compris la révision du budget, et prendre à ce sujet les mesures qui paraîtraient nécessaires;</p> <p>d) conseiller le Directeur général sur toute affaire que celui-ci pourrait lui soumettre;</p> <p>e) prendre, entre les sessions du Conseil, toute décision urgente sur des questions relevant de la compétence du Conseil, décisions qui seront soumises à l'approbation de ce dernier lors de sa session suivante;</p> <p>f) présenter au Conseil ou au Directeur général, de sa propre initiative, des avis ou des propositions;</p> <p>g) transmettre au Conseil des rapports et, le cas échéant, des recommandations sur les affaires traitées.</p> | <p>b) alle in die Zuständigkeit des Rates fallenden Finanz- und Haushaltsfragen zu prüfen;</p> <p>c) über alle Angelegenheiten einschließlich der Revision des Haushaltsplans zu beraten, die ihm der Rat ausdrücklich vorlegt, und alle für erforderlich erachteten diesbezüglichen Maßnahmen zu treffen;</p> <p>d) den Generaldirektor in allen Angelegenheiten zu beraten, die dieser ihm vorlegt;</p> <p>e) zwischen den Tagungen des Rates alle dringenden Beschlüsse über in die Zuständigkeit des Rates fallende Fragen zu fassen; diese Beschlüsse werden dem Rat auf seiner nächsten Tagung zur Genehmigung vorgelegt;</p> <p>f) dem Rat oder dem Generaldirektor von sich aus Gutachten oder Vorschläge vorzulegen;</p> <p>g) dem Rat Berichte und/oder Empfehlungen zu den behandelten Fragen zu übermitteln.</p> |
|--|--|--|

Article 13

1. The Executive Committee shall be composed of the representatives of nine Member States. This number may be increased by a two-thirds majority vote of the Council, provided it shall not exceed one third of the total membership of the Organization.

2. These Member States shall be elected by the Council for two years and shall be eligible for re-election.

3. Each member of the Executive Committee shall have one representative and such alternates and advisers as it may deem necessary.

4. Each member of the Executive Committee shall have one vote.

Article 13

1. Le Comité exécutif est composé des représentants de neuf Etats membres. Ce nombre peut être augmenté par une décision du Conseil prise à la majorité des deux tiers, étant entendu qu'il ne sera pas supérieur au tiers du nombre total des membres de l'Organisation.

2. Ces Etats membres sont élus par le Conseil pour deux ans et sont rééligibles.

3. Chaque membre du Comité exécutif désigne un représentant ainsi que les suppléants et conseillers qu'il juge nécessaires.

4. Chaque membre du Comité exécutif dispose d'une voix.

Artikel 13

(1) Der Exekutivausschuß besteht aus den Vertretern von neun Mitgliedstaaten. Diese Zahl kann durch einen mit Zweidrittelmehrheit gefaßten Beschluß des Rates erhöht werden, darf jedoch ein Drittel der Gesamtzahl der Mitglieder der Organisation nicht übersteigen.

(2) Diese Mitgliedstaaten werden vom Rat für jeweils zwei Jahre gewählt und sind wiederwählbar.

(3) Jedes Mitglied des Exekutivausschusses benennt einen Vertreter und die von ihm für erforderlich erachteten Stellvertreter und Berater.

(4) Jedes Mitglied des Exekutivausschusses verfügt über eine Stimme.

Article 14

1. The Executive Committee shall meet at least once a year. It shall meet, as necessary, in order to perform its functions, at the request of:

- (a) its Chairman;
- (b) the Council;
- (c) the Director General after consultation with the Chairman of the Council;
- (d) a majority of its members.

2. The Executive Committee shall elect a Chairman and a Vice-Chairman from among its members for a one-year term.

Article 14

1. Le Comité exécutif se réunit au moins une fois par an. Il se réunira, selon les besoins, afin d'exercer ses fonctions, sur la demande:

- a) de son président;
- b) du Conseil;
- c) du Directeur général après consultation du président du Conseil;
- d) de la majorité de ses membres.

2. Le Comité exécutif élit parmi ses membres un président et un vice-président dont le mandat est d'une année.

Artikel 14

(1) Der Exekutivausschuß tritt mindestens einmal jährlich zusammen. Nach Bedarf tritt er zur Wahrnehmung seiner Aufgaben zusammen, wenn dies

- a) von seinem Vorsitzenden,
- b) vom Rat,
- c) vom Generaldirektor nach Konsultierung des Ratsvorsitzenden,
- d) von der Mehrheit seiner Mitglieder beantragt wird.

(2) Der Exekutivausschuß wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden für jeweils ein Jahr.

Article 15

The Executive Committee may, subject to review by the Council, set up such subcommittees as may be required for the proper discharge of its functions.

Article 15

Le Comité exécutif peut, sous réserve d'un éventuel réexamen par le Conseil, créer tout sous-comité nécessaire à l'accomplissement de ses fonctions.

Artikel 15

Der Exekutivausschuß kann vorbehaltlich einer Überprüfung durch den Rat alle zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung seiner Aufgaben erforderlichen Unterausschüsse einsetzen.

Article 16

The Executive Committee shall adopt its own rules of procedure.

Chapter VI Administration

Article 17

The Administration shall comprise a Director General, a Deputy Director General and such staff as the Council may determine.

Article 18

1. The Director General and the Deputy Director General shall be elected by a two-thirds majority vote of the Council and may be re-elected. Their term of office shall normally be five years but may, in exceptional cases, be less if a two-thirds majority of the Council so decides. They shall serve under contracts approved by the Council, which shall be signed on behalf of the Organization by the Chairman of the Council.

2. The Director General shall be responsible to the Council and the Executive Committee. The Director General shall discharge the administrative and executive functions of the Organization in accordance with this Constitution and the policies and decisions of the Council and the Executive Committee and the rules and regulations established by them. The Director General shall formulate proposals for appropriate action by the Council.

Article 19

The Director General shall appoint the staff of the Administration in accordance with the staff regulations adopted by the Council.

Article 20

1. In the performance of their duties, the Director General, the Deputy Director General and the staff shall neither seek nor receive instructions from any State or from any authority external to the Organization. They shall refrain from any action which might reflect adversely on their position as international officials.

2. Each Member State undertakes to respect the exclusively international character of the responsibilities of the Director General, the Deputy Director General and the staff and not to seek to influence them in the discharge of their responsibilities.

3. Efficiency, competence and integrity shall be the necessary considerations in the recruitment and employment of the staff which, except in special circumstances, shall be recruited among the nationals of the Member States of the Organization, taking into account the principle of equitable geographical distribution.

Article 16

Le Comité exécutif adopte son propre règlement.

Chapitre VI Administration

Article 17

L'Administration comprend un Directeur général, un Directeur général adjoint ainsi que le personnel fixé par le Conseil.

Article 18

1. Le Directeur général et le Directeur général adjoint sont élus par le Conseil à la majorité des deux tiers et pourront être réélus. La durée de leur mandat sera normalement de cinq ans mais, dans des cas exceptionnels, pourra être inférieure si le Conseil en décide ainsi à la majorité des deux tiers. Ils remplissent leurs fonctions aux termes de contrats approuvés par le Conseil et signés, au nom de l'Organisation, par le Président du Conseil.

2. Le Directeur général est responsable devant le Conseil et le Comité exécutif. Il administre et dirige les services de l'Organisation conformément à la présente Constitution, à la politique générale et aux décisions du Conseil et du Comité exécutif ainsi qu'aux règlements adoptés par eux. Il formule des propositions en vue des mesures à prendre par le Conseil.

Article 19

Le Directeur général nomme le personnel de l'Administration conformément au statut du personnel adopté par le Conseil.

Article 20

1. Dans l'accomplissement de leurs devoirs, le Directeur général, le Directeur général adjoint et le personnel ne doivent ni solliciter ni accepter d'instructions d'aucun Etat ni d'aucune autorité extérieure à l'Organisation. Ils doivent s'abstenir de tout acte incompatible avec leur situation de fonctionnaires internationaux.

2. Chaque Etat membre s'engage à respecter le caractère exclusivement international des fonctions du Directeur général, du Directeur général adjoint et du personnel et à ne pas chercher à les influencer dans l'exécution de leur tâche.

3. Pour le recrutement et l'emploi du personnel, les capacités, la compétence et les qualités d'intégrité doivent être considérées comme des conditions primordiales; sauf circonstances spéciales, le personnel doit être recruté parmi les ressortissants des Etats membres de l'Organisation, en tenant compte du principe d'une répartition géographique équitable.

Artikel 16

Der Exekutivausschuß gibt sich eine Geschäftsordnung.

Kapitel VI Verwaltung

Artikel 17

Die Verwaltung besteht aus einem Generaldirektor, einem stellvertretenden Generaldirektor und dem vom Rat bestimmten Personal.

Artikel 18

(1) Der Generaldirektor und der stellvertretende Generaldirektor werden vom Rat mit Zweidrittelmehrheit gewählt; sie können wiedergewählt werden. Ihre Amtszeit beträgt in der Regel fünf Jahre, kann jedoch in Ausnahmefällen kürzer sein, wenn der Rat dies mit Zweidrittelmehrheit beschließt. Sie sind aufgrund von Verträgen tätig, die vom Rat genehmigt und im Namen der Organisation vom Ratsvorsitzenden unterzeichnet werden.

(2) Der Generaldirektor ist dem Rat und dem Exekutivausschuß verantwortlich. Dem Generaldirektor obliegen die Verwaltungsarbeiten und die Geschäftsführung der Organisation nach Maßgabe dieser Satzung, der allgemeinen Zielsetzung und der Beschlüsse des Rates und des Exekutivausschusses sowie der von ihnen erlassenen Vorschriften. Der Generaldirektor macht Vorschläge für geeignete Maßnahmen des Rates.

Artikel 19

Der Generaldirektor ernennt das Personal der Verwaltung nach Maßgabe des vom Rat angenommenen Personalstatuts.

Artikel 20

(1) Bei der Wahrnehmung ihrer Dienstobliegenheiten dürfen der Generaldirektor, der stellvertretende Generaldirektor und das Personal weder von einem Staat noch von einer sonstigen Stelle außerhalb der Organisation Weisungen erbitten oder entgegennehmen. Sie haben sich jeder Handlung zu enthalten, die sich nachteilig auf ihre Stellung als internationale Bedienstete auswirken könnte.

(2) Jeder Mitgliedstaat verpflichtet sich, den ausschließlich internationalen Charakter der Verantwortlichkeiten des Generaldirektors, des stellvertretenden Generaldirektors und des Personals zu achten und nicht zu versuchen, sie bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu beeinflussen.

(3) Leistungsfähigkeit, fachliche Eignung und Rechtschaffenheit gelten als wesentliche Voraussetzungen für die Einstellung und Beschäftigung des Personals; von besonderen Umständen abgesehen, ist dieses aus den Angehörigen der Mitgliedstaaten der Organisation auszuwählen, wobei der Grundsatz der gerechten geographischen Verteilung zu berücksichtigen ist.

Article 21

The Director General shall be present, or be represented by the Deputy Director General or another designated official, at all sessions of the Council, the Executive Committee and any sub-committees. The Director General or the designated representative may participate in the discussions but shall have no vote.

Article 21

Le Directeur général assiste, ou se fait représenter par le Directeur général adjoint ou un autre fonctionnaire désigné, à toutes les sessions du Conseil, du Comité exécutif et des sous-comités. Le Directeur général, ou son représentant désigné, peut prendre part aux débats, sans droit de vote.

Artikel 21

Der Generaldirektor ist bei allen Tagungen des Rates, des Exekutivausschusses und der Unterausschüsse anwesend oder läßt sich durch den stellvertretenden Generaldirektor oder einen anderen benannten Bediensteten vertreten. Der Generaldirektor oder der benannte Stellvertreter kann sich an der Aussprache beteiligen, hat jedoch kein Stimmrecht.

Article 22

At the regular session of the Council following the end of each financial year, the Director General shall make to the Council, through the Executive Committee, a report on the work of the Organization, giving a full account of its activities during that year.

Article 22

Lors de la session ordinaire du Conseil qui suit la fin de chaque exercice financier, le Directeur général présente au Conseil, par l'entremise du Comité exécutif, un rapport sur les travaux de l'Organisation, donnant un compte rendu complet de ses activités au cours de l'année écoulée.

Artikel 22

Auf der ersten ordentlichen Tagung des Rates nach Ablauf jedes Haushaltsjahrs legt der Generaldirektor dem Rat durch den Exekutivausschuß einen Bericht über die Arbeit der Organisation vor; darin wird die Tätigkeit der Organisation während des abgelaufenen Jahres ausführlich dargelegt.

Chapter VII
Headquarters
Article 23

1. The Organization shall have its Headquarters in Geneva. The Council may, by a two-thirds majority vote, change its location.

2. The meetings of the Council and the Executive Committee shall be held in Geneva, unless two-thirds of the members of the Council or the Executive Committee respectively have agreed to meet elsewhere.

Chapitre VII
Siège
Article 23

1. L'Organisation a son siège à Genève. Le Conseil peut décider, par un vote à la majorité des deux tiers, de transférer le siège dans un autre lieu.

2. Les réunions du Conseil et du Comité exécutif ont lieu à Genève, à moins que les deux tiers des membres du Conseil ou, respectivement, du Comité exécutif n'aient décidé de se réunir ailleurs.

Kapitel VII
Sitz
Artikel 23

(1) Sitz der Organisation ist Genf. Der Rat kann mit Zweidrittelmehrheit beschließen, den Sitz an einen anderen Ort zu verlegen.

(2) Die Sitzungen des Rates und des Exekutivausschusses finden in Genf statt, sofern nicht zwei Drittel der Mitglieder des Rates bzw. des Exekutivausschusses beschließen, an einem anderen Ort zusammenzutreten.

Chapter VIII
Finance
Article 24

The Director General shall submit to the Council, through the Executive Committee, an annual budget covering the administrative and operational requirements and the anticipated resources of the Organization, such supplementary estimates as may be required and the annual or special accounting statements of the Organization.

Chapitre VIII
Finances
Article 24

Le Directeur général soumet au Conseil, par l'entremise du Comité exécutif, un budget annuel comprenant les dépenses d'administration et d'opérations et les recettes prévues, des prévisions supplémentaires en cas de besoin et les comptes annuels ou spéciaux de l'Organisation.

Kapitel VIII
Finanzen
Artikel 24

Der Generaldirektor legt dem Rat durch den Exekutivausschuß einen Jahreshaushaltsplan vor, in dem die Verwaltungs- und Betriebsausgaben und die voraussichtlichen Einnahmen der Organisation, etwa erforderliche Ergänzungsvorschläge sowie die Jahres- oder Sonderabrechnungen der Organisation aufgeführt sind.

Article 25

1. The requirements of the Organization shall be financed:

- (a) as to the Administrative part of the Budget, by cash contributions from Member States, which shall be due at the beginning of the financial year to which they relate and shall be paid promptly;
- (b) as to the Operational part of the Budget, by contributions in cash, in kind or in services from Member States, other States, international organizations, governmental or non-governmental, other legal entities or individuals, which shall be paid as early as possible and in full prior to the expiration of the financial year.

Article 25

1. Les ressources nécessaires aux dépenses de l'Organisation sont constituées:

- a) en ce qui concerne la partie administrative du budget, par des contributions en espèces des Etats membres, qui seront dues au début de l'exercice financier auquel elles se rapportent et acquittées sans retard;
- b) en ce qui concerne la partie du budget relative aux opérations, par des contributions en espèces, en nature ou sous forme de services des Etats membres, d'autres Etats, d'organisations internationales, gouvernementales ou non gouvernementales, d'autres entités juridiques ou de personnes privées, contribuant à l'Organisation.

Artikel 25

(1) Die zur Deckung der Ausgaben der Organisation erforderlichen Mittel werden aufgebracht,

- a) soweit es sich um den Verwaltungshaushalt handelt, durch Geldbeiträge der Mitgliedstaaten, die am Anfang des jeweiligen Haushaltsjahrs fällig und unverzüglich zu zahlen sind,
- b) soweit es sich um den Betriebshaushalt handelt, durch Geld- oder Sachbeiträge oder Dienstleistungen der Mitgliedstaaten, anderer Staaten, staatlicher oder nichtstaatlicher internationaler Organisationen, anderer Rechtsträger oder Privatpersonen; diese Beiträge sind so früh wie möglich und in voller Höhe vor

tion of the financial year to which they relate.

tions qui seront acquittées aussitôt que possible et en entier avant l'expiration de l'exercice financier auquel elles se rapportent.

Ende des jeweiligen Haushaltsjahrs zu leisten.

2. Member States shall contribute to the Administrative part of the Budget of the Organization at a rate agreed to by the Council and by the Member State concerned.

2. Tout Etat membre doit verser à la partie administrative du budget de l'Organisation une contribution dont le taux sera convenu entre le Conseil et l'Etat membre concerné.

(2) Die Mitgliedstaaten leisten zum Verwaltungshaushalt der Organisation einen Beitrag, dessen Satz zwischen dem Rat und dem betreffenden Mitgliedstaat vereinbart wird.

3. Contributions to the operational expenditure of the Organization shall be voluntary and any contributor to the Operational part of the Budget may stipulate with the Organization terms and conditions, consistent with the purposes and functions of the Organization, under which its contributions may be used.

3. Les contributions aux dépenses d'opérations de l'Organisation sont volontaires et tout participant à la partie du budget relative aux opérations peut convenir avec l'Organisation des termes et conditions d'emploi de ses contributions en conformité avec les objectifs et les fonctions de l'Organisation.

(3) Die Beiträge zu den Betriebsausgaben der Organisation sind freiwillig; jeder zum Betriebshaushalt Beitragende kann gegenüber der Organisation im Einklang mit den Zielen und Aufgaben der Organisation bestimmen, wie seine Beiträge verwendet werden sollen.

4. (a) All Headquarters administrative expenditure and all other administrative expenditure except that incurred in pursuance of the functions outlined in paragraph 1 (c) and (d) of Article 1 shall be attributed to the Administrative part of the Budget;

4. a) Les dépenses d'administration au siège et toutes les autres dépenses administratives, sauf celles effectuées en vue des fonctions mentionnées à l'alinéa 1 c) et d) de l'article 1, seront imputées sur la partie administrative du budget;

(4) a) Alle am Sitz entstehenden und alle sonstigen Verwaltungsausgaben mit Ausnahme derjenigen, die der Wahrnehmung der in Artikel 1 Absatz 1 Buchstaben c und d bezeichneten Aufgaben dienen, sind im Verwaltungshaushalt zu verbuchen;

(b) all operational expenditure and such administrative expenditure as is incurred in pursuance of the functions outlined in paragraph 1 (c) and (d) of Article 1 shall be attributed to the Operational part of the Budget.

b) Les dépenses d'opérations ainsi que les dépenses administratives effectuées en vue des fonctions mentionnées à l'alinéa 1 c) et d) de l'article 1 seront imputées sur la partie du budget relative aux opérations.

b) alle Betriebsausgaben sowie die Verwaltungsausgaben, die der Wahrnehmung der in Artikel 1 Absatz 1 Buchstaben c und d bezeichneten Aufgaben dienen, sind im Betriebshaushalt zu verbuchen.

5. The Council shall ensure that the management is conducted in an efficient and economical manner.

5. Le Conseil veillera à ce que la gestion administrative soit assurée d'une manière efficace et économique.

(5) Der Rat trägt für eine leistungsfähige und wirtschaftliche Verwaltung Sorge.

Article 26

The financial regulations shall be established by the Council.

Article 26

Un règlement financier est établi par le Conseil.

Artikel 26

Der Rat stellt eine Finanzordnung auf.

Chapter IX Legal status

Article 27

The Organization shall possess full juridical personality. It shall enjoy such legal capacity, as may be necessary for the exercise of its functions and the fulfilment of its purposes, and in particular the capacity, in accordance with the laws of the State: (a) to contract; (b) to acquire and dispose of immovable and movable property; (c) to receive and disburse private and public funds; (d) to institute legal proceedings.

Chapitre IX Statut juridique

Article 27

L'Organisation possède la personnalité juridique. Elle jouit de la capacité juridique nécessaire pour exercer ses fonctions et atteindre ses objectifs, et en particulier de la capacité, selon les lois de l'Etat: a) de contracter; b) d'acquérir des biens meubles et immeubles et d'en disposer; c) de recevoir et de dépenser des fonds publics et privés; d) d'ester en justice.

Kapitel IX Rechtsstellung

Artikel 27

Die Organisation besitzt Rechtspersönlichkeit. Sie verfügt über die zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben und zur Verwirklichung ihrer Ziele notwendige Rechtsfähigkeit; sie hat insbesondere die Fähigkeit, entsprechend dem Recht des betreffenden Staates a) Verträge zu schließen, b) bewegliches und unbewegliches Vermögen zu erwerben und darüber zu verfügen, c) private und öffentliche Mittel entgegenzunehmen und zu verausgaben, d) vor Gericht zu stehen.

Article 28

1. The Organization shall enjoy such privileges and immunities as are necessary for the exercise of its functions and the fulfilment of its purposes.

2. Representatives of Member States, the Director General, the Deputy Director General and the staff of the Administration shall likewise enjoy such privileges and immunities as are necessary for the independent exercise of their functions in connection with the Organization.

Article 28

1. L'Organisation jouira des privilèges et immunités qui sont nécessaires pour exercer ses fonctions et atteindre ses objectifs.

2. Les représentants des Etats membres, le Directeur général, le Directeur général adjoint et le personnel de l'Administration jouiront également des privilèges et immunités nécessaires au libre exercice de leurs fonctions en rapport avec l'Organisation.

Artikel 28

(1) Die Organisation genießt die zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben und zur Verwirklichung ihrer Ziele erforderlichen Vorrechte und Immunitäten.

(2) Die Vertreter der Mitgliedstaaten, der Generaldirektor, der stellvertretende Generaldirektor und das Personal der Verwaltung genießen ebenfalls die zur ungehinderten Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Zusammenhang mit der Organisation erforderlichen Vorrechte und Immunitäten.

3. These privileges and immunities shall be defined in agreements between the Organization and the States concerned or through other measures taken by these States.

3. Ces privilèges et immunités seront définis dans des accords entre l'Organisation et les Etats concernés ou par d'autres mesures prises par ces Etats.

(3) Diese Vorrechte und Immunitäten werden in Abkommen zwischen der Organisation und den beteiligten Staaten oder durch andere von diesen Staaten getroffene Maßnahmen festgelegt.

Chapter X

Miscellaneous provisions

Article 29

1. Except as otherwise expressly provided in this Constitution or rules made by the Council or the Executive Committee, all decisions of the Council, the Executive Committee and all sub-committees shall be taken by a simple majority vote.

2. Majorities provided for in this Constitution or rules made by the Council or the Executive Committee shall refer to members present and voting.

3. No vote shall be valid unless a majority of the members of the Council, the Executive Committee or the sub-committee concerned are present.

Article 30

1. Texts of proposed amendments to this Constitution shall be communicated by the Director General to Governments of Member States at least three months in advance of their consideration by the Council.

2. Amendments shall come into force when adopted by two-thirds of the members of the Council and accepted by two-thirds of the Member States in accordance with their respective constitutional processes, provided, however, that amendments involving new obligations for Members shall come into force in respect of a particular Member only when that Member accepts such amendments.

Article 31

Any dispute concerning the interpretation or application of this Constitution which is not settled by negotiation or by a two-thirds majority vote of the Council shall be referred to the International Court of Justice in conformity with the Statute of the Court, unless the Member States concerned agree on another mode of settlement within a reasonable period of time.

Article 32

Subject to approval by two-thirds of the members of the Council, the Organization may take over from any other international organization or agency the purposes and activities of which lie within the purposes of the Organization such activities, resources and obligations as may be determined by

Chapitre X

Dispositions diverses

Article 29

1. A moins qu'il n'en soit disposé autrement dans la présente Constitution ou dans les règlements établis par le Conseil ou le Comité exécutif, toutes les décisions du Conseil, du Comité exécutif et de tous les sous-comités sont prises à la majorité simple.

2. Les majorités prévues par les dispositions de la présente Constitution ou des règlements établis par le Conseil ou le Comité exécutif s'entendent des membres présents et votants.

3. Un vote n'est valable que si la majorité des membres du Conseil, du Comité exécutif ou du sous-comité intéressé est présente.

Article 30

1. Les textes des amendements proposés à la présente Constitution seront communiqués par le Directeur général aux gouvernements des Etats membres trois mois au moins avant qu'ils soient examinés par le Conseil.

2. Les amendements entreront en vigueur lorsqu'ils auront été adoptés par les deux tiers des membres du Conseil et acceptés par les deux tiers des Etats membres, conformément à leurs règles constitutionnelles respectives, étant entendu, toutefois, que les amendements entraînant de nouvelles obligations pour les membres n'entreront en vigueur pour un membre déterminé que lorsque ce membre aura accepté de tels amendements.

Article 31

Tout différend concernant l'interprétation ou l'application de la présente Constitution qui n'aura pas été réglé par voie de négociation ou par une décision du Conseil prise à la majorité des deux tiers, sera déféré à la Cour internationale de Justice conformément au Statut de ladite Cour, à moins que les Etats membres intéressés ne conviennent d'un autre mode de règlement dans un délai raisonnable.

Article 32

Sous réserve de l'approbation des deux tiers des membres du Conseil, l'Organisation peut reprendre de toute autre organisation ou institution internationale dont les objectifs ressortissent au domaine de l'Organisation, les activités, ressources et obligations qui pourraient être fixées par un ac-

Kapitel X

Verschiedenes

Artikel 29

(1) Soweit in dieser Satzung oder in den vom Rat oder vom Exekutivausschuß erlassenen Vorschriften nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist, werden alle Beschlüsse des Rates, des Exekutivausschusses und aller Unterausschüsse mit einfacher Mehrheit gefaßt.

(2) Die Mehrheiten, die in dieser Satzung oder in den vom Rat oder vom Exekutivausschuß erlassenen Vorschriften vorgesehen sind, beziehen sich auf die anwesenden und an der Abstimmung teilnehmenden Mitglieder.

(3) Eine Abstimmung ist nur gültig, wenn die Mehrheit der Mitglieder des Rates, des Exekutivausschusses oder des betreffenden Unterausschusses anwesend ist.

Artikel 30

(1) Den Wortlaut von Änderungsvorschlägen zu dieser Satzung teilt der Generalsekretär den Regierungen der Mitgliedstaaten spätestens drei Monate vor ihrer Prüfung durch den Rat mit.

(2) Die Änderungen treten in Kraft, wenn sie von zwei Dritteln der Mitglieder des Rates beschlossen und von zwei Dritteln der Mitgliedstaaten nach Maßgabe ihrer verfassungsrechtlichen Verfahren angenommen worden sind; jedoch treten Änderungen, die neue Verpflichtungen für Mitglieder mit sich bringen, für ein Mitglied erst in Kraft, wenn sie von diesem Mitglied angenommen werden.

Artikel 31

Jede Streitigkeit über die Auslegung oder Anwendung dieser Satzung, die nicht durch Verhandlungen oder durch einen mit Zweidrittelmehrheit gefaßten Beschluß des Rates beigelegt wird, ist dem Internationalen Gerichtshof nach Maßgabe seines Statuts zu unterbreiten, sofern nicht die beteiligten Mitgliedstaaten innerhalb einer angemessenen Frist eine andere Art der Beilegung vereinbaren.

Artikel 32

Vorbehaltlich der Genehmigung durch zwei Drittel der Mitglieder des Rates kann die Organisation von jeder anderen internationalen Organisation oder Einrichtung, deren Ziele und Tätigkeiten in ihren Zuständigkeitsbereich fallen, diejenigen Tätigkeiten, Einkünfte und Verpflichtungen über-

international agreement or by mutually acceptable arrangements entered into between the competent authorities of the respective organizations.

Article 33

The Council may, by a three-quarters majority vote of its members, decide to dissolve the Organization.

Article 34*)

This Constitution shall come into force, for those Governments Members of the Intergovernmental Committee for European Migration which have accepted it in accordance with their respective constitutional processes, on the day of the first meeting of that Committee after:

- (a) at least two-thirds of the Members of the Committee, and
- (b) a number of Members whose contributions represent at least 75 per cent of the Administrative part of the Budget,

shall have communicated to the Director their acceptance of this Constitution.

Article 35*)

Those Governments Members of the Intergovernmental Committee for European Migration which have not by the date of coming into force of this Constitution communicated to the Director their acceptance of this Constitution may remain Members of the Committee for a period of one year from that date if they contribute to the administrative requirements of the Committee in accordance with paragraph 2 of Article 25, and they shall retain during that period the right to accept the Constitution.

Article 36

The English, French and Spanish texts of this Constitution shall be regarded as equally authentic.

*) Articles 34 and 35 were implemented at the time of the entry into force of the Constitution on 30 November 1954.

cord international ou un arrangement convenu entre les autorités compétentes des organisations respectives.

Article 33

Le Conseil peut, par une décision prise à la majorité des trois quarts de ses membres, prononcer la dissolution de l'Organisation.

Article 34*)

Le présent Acte constitutif entrera en vigueur, pour les gouvernements membres du Comité intergouvernemental pour les migrations européennes qui l'auront accepté, conformément à leurs règles constitutionnelles respectives, le jour de la première réunion dudit Comité après que:

- a) les deux tiers au moins des membres du Comité et
- b) un nombre de membres versant au moins 75 pour cent des contributions à la partie administrative du budget,

auront notifié au Directeur leur acceptation dudit Acte.

Article 35*)

Les gouvernements membres du Comité intergouvernemental pour les migrations européennes qui, à la date d'entrée en vigueur du présent Acte constitutif, n'auront pas notifié au Directeur leur acceptation dudit Acte, peuvent rester membres du Comité pendant une année à partir de cette date, s'ils apportent une contribution aux dépenses d'administration du Comité conformément aux termes de l'alinéa 2 de l'article 25; ils conservent pendant cette période le droit d'accepter l'Acte constitutif.

Article 36

Les textes français, anglais et espagnol de la présente Constitution sont considérés comme également authentiques.

*) Les articles 34 et 35 ont été mis en œuvre lors de l'entrée en vigueur de la Constitution le 30 novembre 1954.

nehmen, die durch internationale Übereinkunft oder durch beiderseitig annehmbare Vereinbarungen zwischen den zuständigen Stellen der betreffenden Organisationen bestimmt werden.

Artikel 33

Der Rat kann mit Dreiviertelmehrheit seiner Mitglieder die Auflösung der Organisation beschließen.

Artikel 34*)

Diese Satzung tritt für diejenigen Mitgliedsregierungen des Zwischenstaatlichen Komitees für Europäische Auswanderung, die sie nach Maßgabe ihrer verfassungsrechtlichen Verfahren angenommen haben, am Tag der ersten Sitzung des Komitees in Kraft, nachdem

- a) mindestens zwei Drittel der Mitglieder des Komitees und
- b) eine Anzahl von Mitgliedern, deren Beiträge mindestens 75 v. H. des Verwaltungshaushalts darstellen,

dem Direktor die Annahme der Satzung notifiziert haben.

Artikel 35*)

Die Mitgliedsregierungen des Zwischenstaatlichen Komitees für Europäische Auswanderung, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Satzung dem Direktor nicht deren Annahme notifiziert haben, können ein Jahr lang nach diesem Zeitpunkt Mitglieder des Komitees bleiben, wenn sie nach Artikel 25 Absatz 2 einen Beitrag zu den Verwaltungsausgaben des Komitees leisten; während dieser Zeit behalten sie das Recht, die Satzung anzunehmen.

Artikel 36

Der englische, französische und spanische Wortlaut dieser Satzung ist gleichermaßen verbindlich.

*) Die Artikel 34 und 35 wurden bei Inkrafttreten der Satzung am 30. November 1954 durchgeführt.

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Abkommens
zur Regelung des Geltungsbereichs der Gesetze
auf dem Gebiete der Eheschließung**

Vom 23. Dezember 1988

Das Abkommen vom 12. Juni 1902 zur Regelung des Geltungsbereichs der Gesetze auf dem Gebiete der Eheschließung (RGBl. 1904 S. 221) ist von Luxemburg am 12. Dezember 1984 gekündigt worden; das Abkommen wird daher nach seinem Artikel 12 für

Luxemburg am 1. Juni 1989
außer Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 2. Mai 1977 (BGBl. II S. 448).

Bonn, den 23. Dezember 1988

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterheld

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens
über die Unterhaltung gewisser Leuchtfener im Roten Meer**

Vom 27. Dezember 1988

Das Internationale Übereinkommen über die Unterhaltung gewisser Leuchtfener im Roten Meer vom 20. Februar 1962 (BGBl. 1967 II S. 828) ist am 31. März 1987 von Portugal und am 21. Juni 1988 von Liberia gekündigt worden; es ist somit nach seinem Artikel 12 für

Portugal am 31. März 1988
außer Kraft getreten und wird für

Liberia am 31. März 1990
außer Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 17. Oktober 1986 (BGBl. II S. 954).

Bonn, den 27. Dezember 1988

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterheld

**Bekanntmachung
der Änderungen der Anlage des Übereinkommens
zur Erleichterung des Internationalen Seeverkehrs**

Vom 2. Januar 1989

Die vom Erleichterungsausschuß der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation am 17. September 1987 angenommenen Änderungen der Anlage des Übereinkommens vom 9. April 1965 zur Erleichterung des Internationalen Seeverkehrs (BGBl. 1967 II S. 2434; 1971 II S. 1377; 1978 II S. 1445; 1983 II S. 576; 1984 II S. 938; 1986 II S. 1141) sind nach Artikel VII Abs. 2 Buchstabe b des Übereinkommens für die Bundesrepublik Deutschland und die übrigen Vertragsparteien

am 1. Januar 1989

in Kraft getreten. Die Änderungen werden nachstehend veröffentlicht.

Die Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 13. Juli 1988 (BGBl. II S. 689).

Bonn, den 2. Januar 1989

Der Bundesminister für Verkehr
Im Auftrag
Dr. Hoffmann

Änderungen
der Anlage des Übereinkommens von 1965
zur Erleichterung des Internationalen Seeverkehrs
in seiner geänderten Fassung
Angenommen vom Erleichterungsausschuß am 17. September 1987

Amendments
to the Annex to the Convention
on Facilitation of International Maritime Traffic, 1965, as amended
Adopted by the Facilitation Committee on 17 September 1987

Amendements
à l'Annexe à la Convention de 1965
visant à faciliter le Trafic maritime international,
telle que modifiée
Adoptés par le Comité de la Simplification des Formalités le 17 septembre 1987

(Übersetzung)

Recommended Practice 2.3.4 is upgraded to a Standard and amended to read:

„2.3.4 **Standard**. Public authorities shall accept in place of the Cargo Declaration a copy of the ship's manifest provided it contains at least the information required in accordance with Recommended Practice 2.3.1 and Standard 2.3.2 and is signed or authenticated, and dated, in accordance with Standard 2.3.3.“

A new Recommended Practice 2.3.4.1 is added to read:

„2.3.4.1 **Recommended Practice**. As an alternative to Standard 2.3.4, public authorities may accept a copy of the transport document signed or authenticated in accordance with Standard 2.3.3 or certified as a true copy, if the nature and quantity of cargo make this practicable and provided that any information in accordance with Recommended Practice 2.3.1 and Standard 2.3.2 which does not appear in such documents is also furnished elsewhere and duly certified.“

Recommended Practice 2.6.1 is upgraded to a Standard and amended to read:

„2.6.1 **Standard**. In the Crew List, public authorities shall not require more than the following information:

- name and nationality of ship
- family name
- given names
- nationality
- rank or rating
- date and place of birth
- nature and number of identity document
- port and date of arrival
- arriving from“

La pratique recommandée 2.3.4 qui devient une norme est modifiée comme suit:

„2.3.4 **Norme**. Les pouvoirs publics acceptent, en lieu et place de la déclaration de la cargaison, un exemplaire du manifeste du navire à la condition qu'il contienne au moins les renseignements visés à la pratique recommandée 2.3.1 et à la norme 2.3.2 et qu'il soit signé ou authentifié et daté comme prévu à la norme 2.3.3.“

Une nouvelle pratique recommandée, numérotée 2.3.4.1, est ajoutée comme suit:

„2.3.4.1 **Pratique recommandée**. A titre de variante de la norme 2.3.4, les pouvoirs publics peuvent accepter un exemplaire du document de transport signé ou authentifié comme prévu à la norme 2.3.3 ou une copie certifiée conforme, si la variété et le nombre des marchandises énumérées le permettent et si les renseignements visés dans la pratique recommandée 2.3.1 et la norme 2.3.2 qui ne figurent pas sur lesdites copies sont fournis par ailleurs et dûment certifiés.“

La pratique recommandée 2.6.1 qui devient une norme est modifiée comme suit:

„2.6.1 **Norme**. Dans la liste de l'équipage, les pouvoirs publics n'exigent pas d'autres renseignements que les suivants:

- nom et nationalité du navire
- nom de famille
- prénoms
- nationalité
- grade ou fonction
- date et lieu de naissance
- nature et numéro de la pièce d'identité
- port et date d'arrivée
- venant de“

Empfehlung 2.3.4 wird zu einer Norm heraufgestuft und wie folgt geändert:

„2.3.4 **Norm**. Die öffentlichen Behörden erkennen statt einer Frachterklärung auch eine Abschrift des Schiffsmanifests an, sofern es mindestens die nach Empfehlung 2.3.1 und Norm 2.3.2 erforderlichen Angaben enthält und gemäß Norm 2.3.3 datiert und unterschrieben oder rechtsgültig gemacht worden ist.“

Es wird folgende neue Empfehlung 2.3.4.1 angefügt:

„2.3.4.1 **Empfehlung**. Abweichend von Norm 2.3.4 können die öffentlichen Behörden auch eine beglaubigte oder eine gemäß Norm 2.3.3 unterschriebene oder rechtsgültig gemachte Abschrift des Beförderungsdokuments anerkennen, wenn Art und Menge der Ladung dies möglich machen und sofern alle Angaben nach Empfehlung 2.3.1 und Norm 2.3.2, die nicht in diesen Dokumenten enthalten sind, auf andere Weise und gehörig bestätigt beigebracht werden.“

Empfehlung 2.6.1 wird zu einer Norm heraufgestuft und wie folgt geändert:

„2.6.1 **Norm**. In der Besatzungsliste verlangen die öffentlichen Behörden keine anderen als die folgenden Angaben:

- Name und Staatszugehörigkeit des Schiffes
- Zuname
- Vornamen
- Staatsangehörigkeit
- Dienstrang oder Tätigkeit
- Geburtsdatum und -ort
- Art und Nummer des Identitätsdokuments
- Einlaufhafen und -datum
- angekommen aus.“

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze, Verordnungen und sonstige Veröffentlichungen von wesentlicher Bedeutung.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt, Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (02 28) 3 82 08 - 0.

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 74,75 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 2,35 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1989 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509, BLZ 370 100 50, oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 5,70 DM (4,70 DM zuzüglich 1,00 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 6,50 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück · Z 1998 A · Gebühr bezahlt

Recommended Practice 5.4 is amended to read:

"5.4 **Recommended Practice.** The normal services of public authorities at a port should be provided without charge during normal working hours. Public authorities should establish normal working hours for their services at ports consistent with the usual periods of substantial work load."

Amend section 5F to read:

"F Emergency Assistance

5.11 **Standard.** Public authorities shall facilitate the arrival and departure of ships engaged in disaster relief work, the combating or prevention of marine pollution, or other emergency operations necessary to ensure maritime safety, the safety of the population or the protection of the marine environment.

5.12 **Standard.** Public authorities shall, to the greatest extent possible, facilitate the entry and clearance of persons, cargo, material and equipment required to deal with situations described in Standard 5.11."

La pratique recommandée 5.4 est modifiée comme suit:

"5.4 **Pratique recommandée.** Les services habituels des pouvoirs publics, dans un port, devraient être fournis gratuitement pendant les heures normales de service. Les pouvoirs publics devraient établir, pour leurs services portuaires, des heures normales de service correspondant aux périodes où le volume de travail est habituellement le plus fort."

La section F du chapitre 5 est modifiée comme suit:

"F assistance en cas d'urgence

5.11 **Norme.** Les pouvoirs publics facilitent l'arrivée et le départ des navires utilisés aux fins d'activité de secours en cas de catastrophe, de lutte contre la pollution des mers ou de prévention de celle-ci, ou d'autres opérations nécessaires d'urgence pour garantir la sécurité en mer, la sécurité de la population ou la protection du milieu marin.

5.12 **Norme.** Les pouvoirs publics facilitent, dans toute la mesure du possible, les procédures d'entrée et le déroulement des formalités pour les personnes, les cargaisons, le matériel et l'équipement requis pour faire face aux situations visées à la norme 5.11."

Empfehlung 5.4 wird wie folgt geändert:

"5.4 **Empfehlung.** Die übliche Dienstaussübung der öffentlichen Behörden in einem Hafen soll während der üblichen Arbeitszeit unentgeltlich erbracht werden. Die öffentlichen Behörden sollen für ihre Dienstleistungen im Hafen übliche Arbeitszeiten einführen, die mit den üblichen Zeiten eines starken Arbeitsanfalls in Einklang stehen."

Abschnitt F wird wie folgt geändert:

"F Hilfeleistung in Notfällen

5.11 **Norm.** Die öffentlichen Behörden erleichtern das Ein- und Auslaufen von Schiffen, die für Hilfsmaßnahmen bei Katastrophen, zur Bekämpfung oder Verhütung der Meeresverschmutzung oder für sonstige zur Gewährleistung der Sicherheit auf See, der Sicherheit der Bevölkerung oder des Schutzes der Meeresumwelt erforderliche Notmaßnahmen eingesetzt sind.

5.12 **Norm.** Die öffentlichen Behörden erleichtern im größtmöglichen Umfang die Einreise und Abfertigung von Personen, Ladung, Material und Ausrüstung, die zur Bewältigung der in Norm 5.11 beschriebenen Situationen benötigt werden."